

**Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit**

würde. Selbstverständlich ist eine private Nutzung dort limitiert, und zwar erheblich. Ob das jetzt im Dachgeschoss oder im Erdgeschoss ist, ist jetzt erst mal egal. Das werden wir dann herausbekommen, und das muss man dann sehen, ob das geht oder nicht. Das ist jedenfalls mein Ansatzpunkt dabei. Darüber sind wir aber auch nach wie vor in Gesprächen, und das versuchen wir hinzubekommen. Es muss eine saubere Lösung sein. Es muss eine Lösung sein, wo die Risiken festliegen, bevor man damit angefangen hat. Ich glaube, so sollten wir da weiter vorgehen, im Interesse einer Verwirklichung der Bauakademie.

Sonst geht das nur über eine normale investive Maßnahme im Haushalt. Bitte, das kann man machen. Wenn sich dafür die Mehrheiten finden, ist das eine ganz klare Linie. Wenn es aber bei der Ursprungsidee bleibt: Wir bringen das Grundstück ein, der Rest muss privat finanziert werden –, sind wir in der jetzigen wirtschaftlichen Situation in der Lage, die wir gerade miteinander zur Kenntnis nehmen mussten. Es ist nicht so leicht, dieses mit privaten Mitteln zu finanzieren.

[Beifall bei der SPD]

**Vizepräsidentin Karin Seidel-Kalmutzki:**

Vielen Dank, Herr Regierender Bürgermeister! – Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Antrags auf Drucksache 16/3009 federführend an den Ausschuss für Stadtentwicklung und Verkehr und mitberatend an den Ausschuss für Kulturelle Angelegenheiten, wozu ich keinen Widerspruch höre.

Ich rufe auf

**lfd. Nr. 4 c:**

a) Beschlussempfehlung

**Umsetzung Gender-Mainstreaming I:  
geschlechtsdifferenzierte Datenerhebung und  
-auswertung**

Beschlussempfehlung WiTechFrau Drs 16/2996  
Antrag der Grünen Drs 16/1882

b) Beschlussempfehlung

**Umsetzung Gender-Mainstreaming II:  
Verwaltung genderorientiertes Fachwissen  
vermitteln**

Beschlussempfehlung WiTechFrau Drs 16/2997  
Antrag der Grünen Drs 16/1883

Für die gemeinsame Beratung steht den Fraktionen jeweils eine Redezeit von bis zu fünf Minuten zur Verfügung. Es beginnt die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. – Frau Kofbinger hat das Wort!

**Anja Kofbinger (Grüne):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Jetzt wird es spannend. Gender-Mainstreaming ist mal wieder auf der

Tagesordnung. Das ist leider kein Grund, sich zu freuen. Wir sprechen heute über zwei Anträge, die wir vor ungefähr anderthalb Jahren eingebracht haben, weil wir schon zum damaligen Zeitpunkt den Eindruck hatten, dass dieser Gender-Mainstreaming-/Gender-Budgeting-Prozess in dieser Stadt ein bisschen vor sich hindümpelt. Wir wollten dem Ganzen mal einen kleinen Anstoß geben und haben richtig gute Vorschläge gemacht.

Um es kurz zu machen: Sie haben diese Anträge im Verwaltungsreformausschuss besprochen, bis zur Unkenntlichkeit verändert und dort abgestimmt. Den so geänderten Anträgen können wir heute nicht zustimmen. Unser Fazit lautet, wie es eigentlich immer lautet in der Gleichstellungspolitik: Grün will verbessern – Rot-Rot will verwässern.

[Beifall bei den Grünen]

Im ersten Antrag geht es um eine bessere und qualifiziertere Datenerhebung. Das macht auch Sinn, denn die regelmäßigen Berichte zur Umsetzung von Gender-Mainstreaming und Budgeting in Berlin machen deutlich, dass der Berliner Senat von einer konsequenten geschlechterdifferenzierten Datenerhebung noch sehr weit entfernt ist.

Ein Problem ist sicherlich, dass fast ausschließlich quantitative Daten erfasst wurden. Zur erfolgreichen Umsetzung muss die Auswertung und Analyse auch unter qualitativen Gesichtspunkten erfolgen. Damit Sie das alle verstehen, gebe ich Ihnen ein ganz einfaches und allgemein bekanntes Beispiel, von dem Sie alle schon gehört haben. Seit einiger Zeit diskutieren wir die Tatsache, dass Jungen in der Schule teilweise erschreckend schlecht abschneiden. Nach Bekanntmachung dieses bedauerlichen Zustandes, den wir wohl alle verbessern wollen, wurden sofort Zahlen erhoben – quantitative Zahlen, die besagten, dass es z. B. neben den Schülern auch den Lehrkörper gibt und dieser in der Grundschule zu 90 Prozent aus Frauen besteht. Aufgrund dieser quantitativen Erhebung wurde der auf den ersten Blick logische Schluss gezogen, dass Jungen durch zu viele Lehrerinnen offensichtlich benachteiligt werden. Es sollten jetzt also mehr Männer in den Lehrerberuf gelockt werden, und schon ist das Problem fast gelöst. Mittlerweile gibt es aber mehrere Studien und mehr vergleichbare Zahlen, die das als blanken Unsinn enttarnen. Dankeswerterweise hat das Bundesjugendkuratorium zum Jahresende neun Anregungen für die politische Debatte gegeben. An erster Stelle, als TOP 1, steht dort, man glaubt es kaum, es ist aber wahr: „Mit Hilfe des Gender-Mainstreaming Ansatzes sollen Handlungsmuster und Strukturen dahingehend untersucht werden, ob sie zur Förderung der Chancengleichheit von Jungen und Mädchen geeignet sind.“ So einfach kann Gender-Mainstreaming sein, wenn man die richtigen Daten hat. Wenn das BJK auf Ihre Art der Datenerhebung angewiesen gewesen wäre, wäre es zu dem Ergebnis gekommen, wir stellen ein paar Lehrer mehr ein, und nach fünf oder zehn Jahren hätten Sie dann festgestellt, dass dadurch die Lesekompetenz der Jungen auch nicht besser wird. Das BJK war aber so schlau, das schon vorher zu untersuchen, und deshalb kam es zu einem anderen Ergebnis.

**Anja Kofbinger**

Das und viele andere spannende Ergebnisse, die es dabei gab, kann man generieren, wenn die Daten richtig bzw. wenn die richtigen Daten erhoben werden. So kann Gender Mainstreaming und Budgeting in Berlin wirkungsvoll verankert werden.

[Beifall bei den Grünen]

Die Frage ist natürlich, was machen Sie mit unserem Antrag? – Einen Prüfantrag für den Senat, der feststellen soll, ob es und wo es vielleicht noch Bedarf gibt! Dieser Antrag geht völlig an der Intention vorbei und wird von uns deshalb auch abgelehnt.

Wir brauchen allerdings noch – und das ist der zweite Antrag – tüchtige Angestellte, die mit diesen Instrumenten des Gender-Mainstreaming auch umgehen können. Dafür hätten wir gerne, um sie darin zu unterstützen, eine Schulung oder eine Fortbildung des Personals. Das ist Ihre Pflicht als Arbeitgeber, lieber Senat, wenn Sie ordentliche Ergebnisse erzielen wollen. Sie haben den Antrag daraufhin bis zur Unkenntlichkeit verändert und auf einen einzigen Satz gekürzt, der sagt, dass der Senat darlegen soll, mit welchem Erfolg gleichstellungspolitische Themen im Fortbildungsangebot integriert wurden. Also das habe ich nicht verstanden, das ist kein Antrag, das ist eine Kleine, um nicht zu sagen, eine sehr kleine Anfrage, die so oder ähnlich auch schon von mir und anderen gestellt wurde. Das brauchen wir nicht, das kann man wirklich komplett abhaken.

[Beifall bei den Grünen]

Ihr Argument war übrigens – das war das Argument der Kollegin Flesch aus dem Verwaltungsreformausschuss –, der Antrag sei verfehlt. Wenn Mitarbeiterinnen Angebote nicht wahrnehmen, können sie nicht dazu gezwungen werden – das ist ja großartig! In der Tat wurden Fortbildungsangebote zum Gender-Wissen nicht wahrgenommen, die Hälfte der Kurse musste abgesagt werden. Was folgern Sie daraus? – Das ist dann eben so. Das kann es wirklich nicht sein; wir hätten von Ihnen gerne einen Vorschlag gehabt, der sich bewegt zwischen dem Zwang, den Sie nicht wollen, und gar nichts, was Sie wollen. Dann hätten wir vielleicht auch mitgehen können; so aber wird das auf absehbarer Zeit nichts, auf keinen Fall aber bis zur Ende der Legislaturperiode.

**Vizepräsidentin Karin Seidel-Kalmutzki:**

Frau Abgeordnete! Ihre Redezeit ist beendet!

**Anja Kofbinger (Grüne):**

Damit komme ich zu meinem letzten, sehr kritischen Satz: Das scheint das Ziel zu sein, auf das Sie zusteuern.

In der Gleichstellungspolitik in Berlin bleibt es dabei: Rot-Rot will verwässern, Grün will verbessern!

[Beifall bei den Grünen]

**Vizepräsidentin Karin Seidel-Kalmutzki:**

Vielen Dank, Frau Abgeordnete Kofbinger! – Für die SPD-Fraktion hat nun Frau Abgeordnete Neumann das Wort. – Bitte sehr!

**Ulrike Neumann (SPD):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Kofbinger! Ich glaube, ich bin im verkehrten Film.

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion –  
Zuruf von Ramona Pop (Grüne)]

Ich glaube, dass Sie die Zeit verschlafen haben; vielleicht haben Sie einen Schneewittchenschlaf gemacht, wäre ja für Sie ganz schön.

Wie Sie selbst sagten, sind Ihre Anträge schon etwas älter, und Sie nehmen absolut nicht zur Kenntnis, welche Fortschritte und Erfolge wir in der Zwischenzeit erzielt haben.

[Beifall bei der SPD –  
Beifall von Marion Seelig (Linke)]

Besonders bei dem Antrag zu Datenerhebung und Datenbewertung ist festzustellen, dass er im Wesentlichen überholt ist. Der Gender-Datenreport von Ende des Jahres, der uns seit Kurzem schriftlich vorliegt, enthält die wesentlichen Angaben, um die es in Ihrem Antrag geht.

[Zuruf von Margit Görsch (CDU)]

Die Fülle und die qualitative Aufbereitung der Daten in diesem Bericht suchen ihresgleichen. Schon dass der Bericht zustande gebracht werden konnte, ist bemerkenswert.

[Anja Kofbinger (Grüne): Das stimmt allerdings!]

Er beruht auf einer Kooperation von Berliner Senatsverwaltung und dem gemeinsamen Statistischen Amt von Berlin-Brandenburg. Das zeigt, dass solche länderübergreifenden Einrichtungen effektiv auch für eines der beteiligten Länder arbeiten können. Das zeigt deutlich, dass dazu aufwendige gesetzliche Regelungen – wie vorgeschlagen – nicht nötig waren. Ich freue mich, dass seit Kurzem eine Frau das Statistische Amt leitet, Frau Prof. Ulrike Rockmann. Allen, die an dem Gender-Datenreport mitgewirkt haben, sei ausdrücklich für ihre wertvolle Arbeit gedankt, für diesen ganz wichtigen und beispielhaften Beitrag zum Gender-Mainstreaming!

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion]

Die Forderungen im Antrag der Grünen sind durch diesen Bericht ganz überwiegend erfüllt, der Antrag ist praktisch erledigt. Er hätte daher aus guten Gründen abgelehnt oder besser noch zurückgezogen werden können. Zumindest aber hätte er von den Antragstellerinnen und Antragstellern an die jetzige Situation angepasst werden müssen. Dies hat die Koalition mit ihrem Änderungsantrag getan.

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion]

In unserer Fassung werden die erforderlichen Bemühungen des Senats zur Datenerfassung und Datenbewertung

**Ulrike Neumann**

gewürdigt und unterstützt, zugleich wird der Senat aufgefordert, etwa noch bestehende Datenlücken schließen zu lassen. Das ist sachgerecht, und in diesem Sinne werden wir dem von uns geänderten Antrag zustimmen.

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion]

Der zweite Antrag der Grünen fordert vor allem verpflichtende Fortbildungsveranstaltungen in Sachen Gender-Mainstreaming. Der Antrag verfehlt dabei nicht erst jetzt die tatsächliche Situation, er ist von Anfang an an der realen Problematik vorbeigegangen. Dieser Antrag unterstellt völlig undifferenziert, dass in der Berliner Verwaltung insgesamt und durchgängig Fachwissen über das Gender-Mainstreaming ebenso fehlt wie die Bereitschaft, es zu erwerben. Gegen diesen pauschalen Vorwurf nehme ich die engagierten und sachkundigen Frauen und Männer in der Verwaltung in Schutz, die seit Jahren zu beträchtlichen Fortschritten auf dem Gebiet der Gleichstellung der Geschlechter beigetragen haben.

[Beifall bei der SPD]

Wenn es tatsächlich zutrifft, dass die Teilnahme an bestimmten Fortbildungsveranstaltungen teilweise unbefriedigend ist, helfen Unterstellungen nicht weiter. Wir müssen vielmehr prüfen, welche Ursachen das im Einzelnen hat. Das mag etwa an der Art der Angebote liegen, die nicht genügend zu motivieren scheinen. In der Fassung des Änderungsantrages wird an diese Überlegung angeknüpft; ausdrücklich wird auf die Integration verschiedener Themen in regulären Fortbildungsveranstaltungen Wert gelegt. Von einem integrativen Ansatz erwarten wir mehr Interesse und auch eine verstärkte Teilnahme. Den Senat fordern wir in diesem Sinne auf, einen Erfahrungsbericht über Veranstaltungsangebote mit einem solchen Ansatz vorzulegen.

[Beifall bei der SPD]

Zum Abschluss meiner Bemerkungen möchte ich noch mein Erstaunen über den Grundansatz dieses zweiten Antrages der Grünen deutlich machen. Die Grünen glauben doch tatsächlich – und wollen auch uns glauben machen –, dass eine rechtliche Verpflichtung, dass Zwang zum Erfolg führt.

[Zuruf von Felicitas Kubala (Grüne)]

Druck soll die Teilnahme an Fortbildungsveranstaltungen nicht nur als physische Anwesenheit bewirken, sondern zugleich zu Interesse und Motivation führen. Ein solches Denken hätte ich wirklich nicht von den Grünen erwartet,

[Zuruf von den Grünen: Ooh!]

aber man und auch Frau lernt nie aus. – Ich danke Ihnen!

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion]

**Vizepräsident Dr. Uwe Lehmann-Brauns:**

Vielen Dank! – Das Wort für die CDU-Fraktion hat die Kollegin Görsch.

[Zuruf von Anja Kofbinger (Grüne)]

– Verzeihung, eine Kurzintervention! – Bitte, selbstverständlich!

**Anja Kofbinger (Grüne):**

Danke schön! – Ich möchte kurz auf eine wirklich erfreuliche Tatsache eingehen, die die Kollegin Neumann schon erwähnt hat: Es gibt seit dem 17. Februar den Gender-Datenreport. Darauf haben wir lange gewartet und uns dementsprechend sehr gefreut. Aber wieder geht es um größtenteils quantitative Daten, und das zeitigt ein gewisses Problem. Ich nenne Ihnen einmal zwei Beispiele, die in diesem Report stehen und die mit Sicherheit eine solche Verknüpfung finden werden: Da steht erstens bei der Einkommenssituation, dass Frauen in Berlin weniger verdienen. Das ist keine Überraschung, das wissen wir; es sind ca. 23 Prozent. Da steht auch – und auch das ist keine Überraschung –, dass Männer in Berlin weniger gesund seien. Wenn man das jetzt verknüpft, wie das gerne gemacht wird, heißt das letztendlich: Aha, wir geben den Frauen in Berlin einfach nur mehr Geld, dann werden die Männer schon gesünder werden. Genau das ist das Problem! Sie müssen auch qualitative Daten erheben. Sie müssen sich einfach auch Gedanken darüber machen, wie diese Daten dann zu verarbeiten sind. Einfach nur auszählen – so und so viele Männer, so und so viele Frauen und meinetwegen, wir sind da ja sehr locker, so und so viele Transsternchen, die Folgendes machen – wird Sie nicht weiterbringen. Das ist Ziel unseres Antrags gewesen, und den haben Sie, meiner Meinung nach, überhaupt nicht verstanden.

[Beifall bei den Grünen]

**Vizepräsident Dr. Uwe Lehmann-Brauns:**

Vielen Dank, Frau Kollegin Kofbinger! Selbstverständlich lassen wir hier jede Kurzintervention zu, am liebsten aber dann, wenn sie angemeldet ist. – Frau Neumann mit einer weiteren!

**Ulrike Neumann (SPD):**

Frau Kofbinger! Es ist ja nett, dass Sie jetzt den Gender-Datenreport zur Kenntnis genommen haben.

[Zuruf von Anja Kofbinger (Grüne)]

Vorhin in Ihrem Beitrag haben Sie das nicht!

[Beifall bei der SPD]

Ich musste Ihnen das erst sagen, und dann haben Sie ein paar Punkte herausgegriffen. Aber das ist nicht der Punkt, sondern der Punkt ist der, dass man erst einmal die Datenunterlagen hat und dann politisch handelt. Wir haben jetzt zusätzlich zu diesem Datenreport noch Ihren Antrag dahin gehend verändert, dass wir die vorhandenen Lücken noch ausfüllen wollen. Wir werden von anderen Ländern unheimlich beneidet, dass wir diesen Datenreport haben. Ich weiß nicht, ob es in einem anderen Bundesland so einen Datenreport gibt. Ich finde es gut, dass ich die Daten habe und entsprechend politisch handeln kann.

[Beifall bei der SPD]

**Vizepräsident Dr. Uwe Lehmann-Brauns:**

Vielen Dank! – Das Wort hat jetzt endlich die Kollegin Görsch von der CDU-Fraktion.

**Margit Görsch (CDU):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist schon etwas merkwürdig, dass wir solche alten Anträge zum Gender-Mainstreaming heute zur Priorität erklärt haben. Vielleicht ist es auch nur ein nachträgliches Geschenk zum Frauentag.

[Beifall bei der CDU]

Wir haben es hier mit zwei Grünen-Anträgen zu tun, die zwei Jahre alt sind und auf Daten zurückgreifen, die noch etwas älter sind, und deren Änderungsanträge nach noch mehr Daten rufen, um scheinbar vorhandene Lücken datentechnisch zu schließen oder „zielgenau zu steuern“. Das hört sich gut an. „Zielgenau“ kommen wir über die Einführungs- und Übergangsphase nicht hinaus, sei es auch nur bei der Frage, der Verwaltung eine Antwort abzurufen, ob gleichstellungspolitische Themen in der Fortbildung der Beamten eine Rolle spielen sollten. Davon wird sicher keine Frau und kein Mann gleichberechtigter oder glücklicher werden.

Die seit Jahren gemächliche Art des Umgangs mit diesen Themen hat zu finanziellen und personellen Einsätzen geführt, deren Effektivität wir hier nicht erklärt haben wollen – vielleicht beim nächsten Mal. Statistik lehrt Methoden zum Umgang mit Datenmengen und deren systematischer Verbindung von Erfahrung und Theorie, um Analysen zu ermöglichen. Diese Mengenarbeit hat der Senat ohne Zweifel akribisch erledigt. Wenn ich davon ausgehe, dass diese Daten permanent nachwachsen, Eigenschaften und Verhalten im Rahmen der Gender-Problematik in den verschiedenen Bereichen in ihrer Gesamtheit grundlegend erfasst sind und aufgrund des großen Beharrungsvermögens beider Geschlechter zuverlässige Schätzungen für weitere Entwicklungen kaum möglich sind, braucht es natürlich viel hypothetische Weitsicht, um zu erkennen, dass diese überalterten Anträge nichts weiter erreichen, als den bürokratischen Aufwand für das Berichtswesen zu erhöhen. Oder sollte die Statistik der Verwaltung etwa Daten als Unterstützung für Entscheidungen in die Hand spielen? Der Senat hat seit Jahren gute Informationsquellen, die nicht als Datenstrom althergebrachter Traditionen eingebracht wurden.

Warum wurde der Weg für gleichrangige Teilhabe der Geschlechter vom Hausmeister bis zum Vorstandsposten in landeseigenen Betrieben nicht gesäubert, sondern wurden stattdessen nur zögerliche Entscheidungen getroffen? Statistik heißt nicht nur viel sammeln, sondern handeln.

[Beifall bei der CDU]

Die Lehren von den Daten über den Staat hat die Berliner Verwaltung noch nicht verstanden. Der Datenreport zeigt ohne Zweifel Entwicklungen zugunsten der Frau: Eine sinkende Anzahl von Migrantinnen ohne Schulabschluss ist ein solcher Beleg. Aber überwiegend Frauen in der Zeit- und Teilzeitarbeit sowie bei der Pflege von Angehörigen, hohe Arbeitslosigkeit bei Akademikerinnen und immer noch zu geringe Bezahlung auch in den Einrichtungen des Gesundheitswesens und der öffentlichen Dienstleistungen sind nur drei Beispiele für eine anachronistische Frauenpolitik, die vor zwanzig Jahren in meinem Leben schon einmal weiter war und denen auch mit bester politischer Arithmetik und geschliffener Rhetorik nicht beizukommen ist.

[Beifall bei der CDU –  
Vereinzelter Beifall bei den Grünen]

Die Mechanismen in dieser Gesellschaft und zwischen den Geschlechtern zwingen zu mehr flexiblen Lösungen im Lebensweg von Männern und Frauen.

Längere Bildungswege, steigende prekäre Beschäftigung von Frauen, mehr Singles mit Kindern, mehr Einwanderer, steigende Anzahl deutscher Seniorinnen, Anstieg häuslicher Gewalt bei Konstanz der polizeilichen Platzverweise – und nun diese verstaubten Anträge, die auch nicht mit millionenschweren Gender-Studien zu beantworten sind.

Geschlechtsdifferenzierte Daten stehen seit langem bereit. Mehr gleichstellungsorientiertes Handeln lässt noch auf sich warten. Gender-Mainstreaming und Gender-Budgeting stocken. Das gleichstellungspolitische Rahmenprogramm ist als Feigenblatt zu klein. Datenlückenschluss macht vielleicht die Analyse perfekter, aber nützt der besseren Synthese nichts. Jeder kann schon heute die richtigen Schlüsse ziehen und wer will, kann auch handeln. Dass Verwaltungen keine Datengrundlagen hätten, um dem Gender Mainstreaming Taten folgen zu lassen, muss als Ausrede gelten.

**Vizepräsident Dr. Uwe Lehmann-Brauns:**

Jetzt sind Sie am Ende Ihrer Redezeit, verehrte Frau.

**Margit Görsch (CDU):**

Ich hätte noch viel zu sagen, zum Beispiel zur Fortbildungspflicht. Man sollte einmal schauen, ob nicht vielleicht Desinteresse in der Verwaltung herrscht, wenn sie die Fortbildungsvereinbarungen nicht annehmen wollen. Warum sollten wir das noch mehr festlegen?

Wir brauchen für Statistiken und Gender-Projekte eigentlich nur einen flexiblen Rahmen und die Gleichstellung der Geschlechter. – Danke!

**Vizepräsident Dr. Uwe Lehmann-Brauns:**

Ich danke Ihnen! – Das Wort für die Linksfraktion hat Frau Baba-Sommer.

**Evrin Baba-Sommer** (Linksfraktion):

Herr Präsident! Meine Damen, meine Herren! Gender-Gerechtigkeit gehört zu unserer Grundüberzeugung. Das gilt für meine Fraktion, für die Koalition und für den Senat.

[Beifall bei der Linksfraktion und der SPD]

Der Vorwurf, wir würden Gender-Mainstreaming vernachlässigen und in Berlin sei Gender-Mainstreaming ins Stocken geraten, Frau Görsch und Frau Kofbinger, entbehrt jeglicher Grundlage. Wir haben in einem über mehrere Jahre laufenden Prozess gute Erfahrungen im praktischen Handeln sammeln können. Das wissen Sie auch.

In anderen Bundesländern bedeutet die Implementierung von Gender-Mainstreaming Einschnitte in die Frauenpolitik, im Besonderen den Abbau von Frauenförderung und sogar die Infragestellung von Frauenbeauftragten. Wir hingegen haben eine Doppelstrategie von Gender-Mainstreaming und Frauenpolitik verfolgt. Wir haben die Frauenförderprogramme weiterentwickelt und die Fraueninfrastruktur stabilisiert. In dieser Legislaturperiode haben wir darüber hinaus Gender-Mainstreaming und das gleichstellungspolitische Rahmenprogramm miteinander verknüpft. Berlin ist nach wie vor in Sachen Gender-Politik Vorreiter. Das wissen Sie. Natürlich gibt es noch Handlungsbedarf. Deswegen haben wir auch die hier zur Debatte stehenden Anträge nicht einfach abgelehnt.

Lassen Sie mich zu den beiden Beschlussempfehlungen folgende Bemerkung machen: Bezüglich des Antrags „Umsetzung Gender-Mainstreaming I: Geschlechtsdifferenzierte Datenerhebung und -auswertung“ verweise ich darauf, dass wir vonseiten des Abgeordnetenhauses ausdrücklich die länderübergreifende Initiative von Berlin und Brandenburg zur geschlechterdifferenzierten Datenerhebung unterstützen. In diesem Zusammenhang ist der vom Senat herausgegebene Gender-Datenreport – er ist hier bereits mehrfach erwähnt worden – besonders hilfreich. Darüber hinaus erwarten wir in Kürze vom Senat einen Bericht darüber, wo und in welchem Umfang noch relevante Datenlücken für die geschlechtergerechte Analyse und Bewertung bestehen. Der Verweis auf eine unzureichende Datenlage soll uns künftig nicht mehr daran hindern, entsprechende Handlungsempfehlungen oder Konzepte zu entwickeln. Im Übrigen sind wir bei der Zusammenarbeit zwischen der Berliner Verwaltung und dem Amt für Statistik Berlin-Brandenburg in Sachen geschlechterspezifische Datenerfassung anderen Bundesländern voraus.

Zur Beschlussempfehlung „Umsetzung Gender-Mainstreaming II: Verwaltung genderorientiertes Fachwissen vermitteln“ weise ich darauf hin: Gender-Wissen soll an der Verwaltungsakademie in die regulären Fortbildungsangebote integriert werden. Die Integration dieses Wissens in Fort- und Weiterbildung ist eine wichtige Grundlage dafür, dass Gender-Mainstreaming in alle Lebensbereiche durchdringen kann. Die vorgesehene Berichterstattungspflicht soll unser Anliegen forcieren. Deshalb bitte

ich Sie: Stimmen Sie unseren Anträgen zu. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

[Beifall bei der Linksfraktion –  
Vereinzelter Beifall bei der SPD]

**Vizepräsident Dr. Uwe Lehmann-Brauns:**

Vielen Dank! – Für die FDP-Fraktion hat der Kollege Volker Thiel das Wort.

[Özcan Mutlu (Grüne): Was musst du denn noch alles machen?]

**Volker Thiel** (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Warten Sie es ab, was ich noch alles mache.

[Michael Schäfer (Grüne): Der Joker, und gleich kommt Batman!]

Geschätzte Kollegin Kofbinger! Ich folge Ihrer Einschätzung: Die uns vorgelegten Änderungsanträge der Koalition sind wirklich nur ein schwacher Aufguss dessen, was Sie gefordert haben. Das macht es uns leichter, uns bei beiden Anträgen der Stimme zu enthalten.

[Beifall bei der FDP]

Weshalb sage ich das? – Ich möchte gern einige Bemerkungen zu den beiden Ursprungsanträgen machen, um unsere Position zu verdeutlichen. Ich glaube, es geht nicht so sehr um eine Differenzierung der Wichtigkeit dessen, was sie darstellen, sondern um die Umsetzung. In Ihrem ersten Antrag „Umsetzung Gender-Mainstreaming I: Geschlechtsdifferenzierte Datenerhebung und -auswertung“ gibt es zwei Punkte, die uns Schwierigkeiten bereiten. Konkret geht es um den Punkt 2 Ihrer Aufzählung. Sie wollen eine allgemeine Regelung im Berliner Landesstatistikgesetz aufnehmen. So allgemein, wie Sie das darstellen, kann man sich sehr viel oder sehr wenig darunter vorstellen. Hier wünsche ich mir, dass Sie spezifischer argumentieren. Wir meinen – und das bringen wir immer wieder zum Ausdruck –: Wir brauchen nicht mehr, wir brauchen weniger Bürokratie. Neue Regelungen bedeuten automatisch Bürokratieerweiterung. Das kann nicht im Interesse des von Ihnen verfolgten Ziels sein.

[Beifall bei der FDP]

Noch schwerer vorstellbar ist der Punkt 3: sämtliche statistischen Einzelgesetze zu prüfen und gegebenenfalls mit dem Merkmal „Geschlecht“ zu ergänzen sowie Ausnahmen gesetzlich zu regeln. Ich habe heute Vormittag meinen Kollegen gebeten, mir zu sagen, wie viele Gesetze wir in etwa haben. Er meinte, es seien weit über 100 im Land Berlin. Es kann doch nicht Ihr Ernst sein, irgendjemanden damit zu beauftragen, alle Gesetzes sprachlich zu untersuchen und gegebenenfalls zu ergänzen. Suchen Sie Jobs oder wollen Sie etwas erreichen?

[Beifall bei der FDP]

**Volker Thiel**

Allein das wäre ein Grund für uns gewesen, diesen Antrag abzulehnen. Was die Koalition daraus gemacht hat, ist – wenn es nicht so ernst wäre – beinahe niedlich. Sie fordert, Daten bereitzustellen und das wissend, dass sich der erste Berliner Gender-Datenreport der Fertigstellung nähert. Sie haben recht, das sind keine qualitativen, sondern quantitativen Erfassungen. Aber wir haben uns am Montag darauf verständigt, dass es auf uns selbst ankommt, diese Daten quasi mit Leben zu erfüllen und auszuwerten. Das wird der nächste Schritt sein und wird sicher einige Zeit in Anspruch nehmen.

Zu Ihrem zweiten Antrag „Umsetzung Gender-Mainstreaming II: Verwaltung genderorientiertes Fachwissen vermitteln“: Bereits beim ersten Punkt fühlte ich mich spontan an meine Schulzeit erinnert. Sie fordern allen Ernstes regelmäßige und verpflichtende Teilnahme an Fortbildungsveranstaltungen. Liebe Frau Kofbinger! Nun einmal im Ernst, als erwachsene Frau, wenn ich Sie verpflichten würde, an einer Veranstaltung teilzunehmen, für die Sie sich gar nicht interessieren, was machen Sie dann dort? Dann sitzen Sie dort Ihre Zeit ab, schlafen wie in der Schule und sagen: Ich bin bestätigt. – Das bringt doch nichts.

[Beifall bei der FDP]

Solche vom Ziel her durchaus nachvollziehbare, aber nicht klar ausformulierte Formen konterkarieren Ihr Anliegen geradezu. Gucken Sie sich in der Fort- und Weiterbildung in der Erwachsenenbildung an, was passiert, wenn Menschen dazu gezwungen werden, an etwas teilzunehmen! Die drehen Däumchen oder sagen: Ich habe gleich gewusst, dass das nichts bringt. Das konnte auch nichts bringen. – Ein bisschen mehr Fantasie, ein bisschen mehr Einfühlungsvermögen in der heutigen Zeit!

Ihre zweite Forderung ist wieder einmal typisch für Grünen-Anträge. Sie wollen Fortbildungsverantwortliche benennen, Sie wollen neue Aufgaben beschreiben und letztlich gelangen sie dazu, dass es sich um Staatsaufgaben handelt. Dann kommt der letzte Schritt hinterher, wahrscheinlich brauchen wir neue Stellen dafür. Wenn Sie sich ansehen, was Sie unter Punkt 2 zusammenfassen, dann ist das ein immens großer Auftrag. Auch diesem Antrag hätten wir, wenn er so zur Abstimmung gestellt worden wäre, abgelehnt.

Die Koalition hat es uns erleichtert. Sie hat – Sie haben es vorgetragen, ich wiederhole es nicht – es in einem nicht sehr inhaltsschweren Satz zusammengefasst. Da konnten wir uns wenigstens der Stimme enthalten und hoffen, dass die weitere Diskussion über die Umsetzung der neuen Erkenntnisse des Gender-Datenreports uns in der Sache weiterbringt. – Ich danke Ihnen!

[Beifall bei der FDP]

**Vizepräsident Dr. Uwe Lehmann-Brauns:**

Vielen Dank, Herr Kollege! – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich lasse deshalb einzeln abstimmen.

Der Fachausschuss empfiehlt zum Antrag mit der Drucksachennummer 16/1882 einstimmig bei Enthaltung der Oppositionsfractionen die Annahme mit neuer Fassung. Wer dem Antrag im Wortlaut der Beschlussempfehlung mit der Drucksachennummer 16/2996 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Koalitionssfractionen. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Bei Enthaltung der übrigen drei Fractionen ist dann so beschlossen.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Technologie und Frauen empfiehlt zum Antrag mit der Drucksachennummer 16/1883 mehrheitlich gegen CDU und Grüne und Enthaltung der FDP die Annahme in neuer Fassung. Wer dem Antrag im Wortlaut der Beschlussempfehlung mit der Drucksachennummer 16/2997 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist offenbar niemand. So, langsam, die Koalitionssfractionen. Ist das Ihr Ernst? Wollen Sie nicht alle abstimmen?

[Dr. Wolfgang Albers (Linksfraktion):  
Wir sind wenigstens da!]

Dann gehen wir davon aus, dass die Koalitionssfractionen zustimmen. Wer ist dagegen? – Dagegen sind die Fraktion der Grünen und der CDU. Wer enthält sich? – Bei Enthaltung der FDP ist dann so beschlossen.

Die lfd. Nr. 4 d der Tagesordnung ist bereits gemeinsam mit 4 a als gemeinsame Priorität der Koalitionssfractionen behandelt worden.

Ich rufe auf die lfd. Nr. 4 e, das ist die Priorität der Fraktion der FDP unter dem Tagesordnungspunkt 24

**lfd. Nr. 4 e:**

Antrag

**Leistungsfähige Straßeninfrastruktur statt permanenter Flickschusterei – Mittel zur Straßensanierung auf 100 Millionen Euro jährlich aufstocken!**

Antrag der FDP Drs 16/3013

Meine Damen und Herren! Ich darf Sie um etwas mehr Konzentration bitten! Ich muss ansonsten die Sitzung unterbrechen, wenn Sie nicht zuhören! Das Präsidium wird hier nicht fortfahren, wenn Sie der Debatte nicht die erforderliche Aufmerksamkeit zollen.

[Unruhe]

Die Fraktion der FDP hat mich um eine Vorabüberweisung an den Hauptausschuss gebeten, der ich nachgekommen bin. Ihre nachträgliche Zustimmung dazu stelle ich hiermit fest.

Für die gemeinsame Beratung stehen den Fractionen wie immer jeweils fünf Minuten zur Verfügung. Es beginnt die antragstellende Fraktion der FDP. Das Wort hat der Kollege Klaus-Peter von Lüdeke. – Bitte!